

INHALTSVERZEICHNIS

#Zukunftsturbo _____	Seite 2
Klima schützen – sozial und gerecht _____	Seite 5
Den digitalen Wandel gerecht gestalten _____	Seite 8
Mit uns zieht die neue Zeit: Vorschläge für eine Reform der SPD _____	Seite 11
Ein Pakt für Chancen _____	Seite 15
Unsere Antwort auf Nationalismus und Populismus: die Vereinigten Staaten von Europa und eine starke europäische Sozialdemokratie. _____	Seite 16
Aufbruch wagen: Für Emanzipation, Solidarität und Partnerschaft _____	Seite 18

#Zukunftsturbo

Die Schuldenbremse hatte ihre Zeit. Diese Zeit ist vorbei. Wir brauchen Spielräume für eine langfristige Investitionsoffensive – in den Kommunen, in den Ländern und im Bund. Wir wandeln die Schuldenbremse zu einem Investitionsmotor. **Der Zukunftsturbo ist ein mutiges Investitionsprogramm bis 2035, das bei allen ankommt, uns wirtschaftlich stärker macht und Zusammenhalt schafft.** Dazu gehören:

- Klima und Mobilität: Bahncard50 für Pendlerinnen und Pendler, Abschaffung Mehrwertsteuer für Bahntickets, massiver Ausbau Schienennetz und des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Fahrzeugkapazitäten
 - Bildung und Innovation: Chancenkonto, Kindergrundsicherung, Schulsanierung und -neubau, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, neue Technologien (z.B. Wasserstoff, KI, 5G flächendeckend, klimaschonende Antriebe und Werkstoffe)
 - Wohnungsbau: Bauoffensive der öffentlichen Hand, klimaneutrale Gebäudesanierung, kommunale Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften stärken und weitere schaffen
-
- Die Investitionsquote in Deutschland liegt derzeit bei 2,1 % des BIP. Das reicht nicht aus. Unser Land liegt damit unterhalb des OECD- und EU-Durchschnitts und deutlich hinter vergleichbaren Staaten, wie Frankreich, Österreich oder den skandinavischen Ländern.
 - Viele Menschen sehen: Die Züge sind überfüllt, die Kita-Plätze reichen nicht aus, die Schulen sind marode. **Seit Jahren fährt Deutschland auf Verschleiß.** Bei Straßen, Brücken und Schienen, unseren Schulen und öffentlichen Gebäuden, beim Klimaschutz, der Digitalisierung und wirtschaftlichen Innovationen: überall ist unsere Investitionsschwäche sichtbar.
 - **Wir halten die Schuldenbremse für nicht mehr zeitgemäß.** Sie hat zum großen Investitionsstau in Deutschland beigetragen und wird zu einer immer größeren Bedrohung für Wachstum und Wohlstand.
 - In Zeiten eines **historisch niedrigen Zinsumfelds** (die zehnjährige Bundesanleihe erreichte Anfang Juli mit einer Rendite von -0,39 % einen neuen Tiefststand) finden wir es falsch und unverantwortlich, dass Deutschland das Geld buchstäblich auf der Straße liegen lässt, anstatt es für zukünftige Generationen sinnvoll zu investieren.
 - Wenn wir die **Zukunftsinvestitionen** jetzt unterlassen, ist das eine viel **größere Belastung für künftige Generationen** als die Infragestellung der „schwarzen Null“ in Zeiten negativer Zinsen. Es ist auch eine Frage des Anstands, was wir unseren Kindern und Enkelkindern aufbürden.
 - Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Entscheidend ist wofür. Wir müssen mehr Geld für Bildung, Wohnungsbau, Digitalisierung, Klimaschutz, wirtschaftliche Zukunftsfelder und Infrastruktur ausgeben. **Wir wollen den Zukunftsturbo**, ein langfristiges Investitionsprogramm, auf den Weg bringen – für einen Aufbruch in unseren Land!

- Wie sieht unsere Reform der Schuldenbremse aus? Statt einer Schuldenbremse brauchen wir einen Investitionsmotor! Deswegen wollen wir sie durch eine **kluge Investitions- und Ausgabenregel** ersetzen:
 - **Investitionsregel:** Neuverschuldung in Höhe der Zukunftsinvestitionen zulässig (goldene Regel) + Mindestinvestitionsniveau in allen öffentlichen Haushalten.
 - **Ausgabenregel:** Atmende nominale Ausgabenregel, die in Boomzeiten ein geringeres Defizit sicherstellt und in konjunkturellen Schwächephasen Investitionen ermöglicht.

Bei staatlichen Mehrausgaben von 3 % kann Deutschland seinen Schuldenstand von unter 60 % des BIP stabilisieren, wenn das nominale BIP wie zuletzt ebenfalls um 3 % im Jahr wächst. Die Schuldenbremse, die dem Bund ein strukturelles Defizit (aufwendige Konjunkturbereinigung, komplexe statistische Verfahren, stark revisionsanfällig) von 0,35 % und Ländern und Kommunen sogar von 0 % vorschreibt, würde zu einem immer weiteren Absinken der Schuldenquote führen und lässt Renditen von Zukunftsinvestitionen völlig unberücksichtigt.
- Die gute Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage sollte uns nicht in Selbstzufriedenheit verfallen lassen. In vielen Bereichen **drohen wir den Anschluss** an die innovativsten und erfolgreichsten Wirtschaftsräume der Welt zu **verlieren**. Nur wenn wir jetzt mutig in unsere Zukunft investieren, können wir auch in 15 Jahren noch gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen, einen starken Sozialstaat erhalten und erfolgreichen Unternehmen eine Heimat in unserem Land bieten.
- Wir setzen uns für ein **sehr langfristiges Investitionsprogramm** auch deshalb ein, damit der Staat eine verlässliche Perspektive für Planungsbüros, Behörden und Bauunternehmen bietet. Wir brauchen dringend eine Kapazitätserweiterung und Beschleunigung von Planungs- und Entscheidungsverfahren durch neue Stellen in der öffentlichen Verwaltung, Digitalisierung der Prozesse und mehr Arbeitsplätzen in der Baubranche.
- Die Argumente der Union für die „schwarze Null“ überzeugen uns nicht. Wir haben viele **führende Wirtschaftsexperten auf unserer Seite**, von wirtschaftsnahen bis gewerkschaftsnahen Ökonomen, von angesehenen Professoren bis zu den besten Forschungsinstituten des Landes: alle sagen uns, dass wir massiv investieren müssen. Auch der IWF und die EU-Kommission fordern das seit vielen Jahren von Deutschland.
- Olaf Scholz hat den Bundeshaushalt, der unter seinem Vorgänger Schäuble trotz herausragender wirtschaftlicher Lage nicht modernisiert wurde, auf einen neuen Kurs gebracht. Die **staatlichen Investitionen konnten unter Scholz schon beträchtlich gesteigert** werden.
- Wir unterstützen Olaf Scholz auch bei seiner Forderung nach einer **Entschuldung der Kommunen**. Die angespannte Finanzlage in Städten wie Gelsenkirchen, Pirmasens oder Oberhausen darf uns nicht egal sein. Wenn ein großer Teil der kommunalen Haushalte für Altschulden aufgewendet wird und Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und Einschnitte beim ÖPNV die Folge sind, ist das doch das Gegenteil dessen, was wir eigentlich erreichen wollen.

- Das Bundeswirtschaftsministerium selbst hat den **Investitionsstau der Kommunen** auf über 150 Mrd. Euro beziffert. Die SPD ist die Anwältin der Kommunen und darf die Blockade der Union bei diesem Thema nicht länger akzeptieren.

Hat die Schuldenbremse nicht zu einem Abbau der Schulden beigetragen?

- Die Schuldenbremse hat sich nicht bewährt. Kurz nachdem sie 2009 eingeführt wurde, befanden wir uns ab 2011 in einer Phase lang anhaltenden weltwirtschaftlichen Wachstums. Der Abbau der Schulden ist daher nicht der Verdienst der Schuldenbremse oder von Ex-Finanzminister Schäuble, sondern vor allem auf die hervorragende konjunkturelle Lage, unsere fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie gute und vorausschauende Unternehmensführung zurückzuführen.
- In Zeiten niedriger Zinsen und eines massiven Investitionsbedarfs ist die Schuldenbremse eine unnötige Eingrenzung des Handlungsspielraums. Zudem werden die Zinsen nicht immer auf dem aktuell niedrigen Niveau bleiben. Es lohnt sich also gerade jetzt für Deutschland, in die Zukunft zu investieren und Investitionslücken zu schließen, damit in Zeiten höherer Zinsen dieser Bedarf nicht mehr besteht.

Klima schützen – sozial und gerecht

Klimaschutz ist eine **Generationenaufgabe**. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten stehen wir vor umfassenden Änderungen in allen Bereichen: bei der Fahrt zum Arbeitsplatz, in den Urlaub, beim Heizen, in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Klimaschutz darf keine Frage der konjunkturellen Auf- und Abschwünge sein, sie muss kontinuierlich ganz oben auf der Agenda stehen. Deshalb wollen wir mit einem **mutigen Klimaschutzgesetz** und einem konkreten Plan zur Umsetzung der Klimaziele Planbarkeit und Verbindlichkeit schaffen.

Zugleich fordern wir eine **Dialogoffensive**. In allen Regionen – in den Städten und auf dem Land – wollen wir mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Gewerkschaften und Beschäftigten diskutieren, wie wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und unsere Artenvielfalt schützen. Wir wollen **Klimaschutz zu einem Thema für Alle** machen und dabei den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken, unabhängig davon, wie viel jemand verdient und wo er/sie wohnt. Gemeinsam wollen wir diese Ziele erreichen: ohne soziale Brüche, aber mit vielen neuen zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

Denn Klimaschutz ist der Fortschrittmotor unserer Wirtschaft von morgen. Wir können es schaffen, mit Klimaschutz Innovationen „Made in Germany“ zu stärken, damit unser Land als Industriestandort auch im digitalen Zeitalter zu den wettbewerbsfähigsten der Welt gehört. Aus technologischem Fortschritt wollen wir **sozialen Fortschritt für Alle** machen.

Wir wollen:

1. Deutschland zum **Vorreiter bei der Treibhausgasneutralität** unter den führenden Industrienationen der Welt machen und dieses Ziel deutlich früher als 2050 erreichen. Wir wollen Druck machen und regelmäßig überprüfen, ob wir das Ziel schneller als bislang zugesagt erreichen können.
2. **Innovationen** fördern (u. a. großtechnischen Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft, Batteriezellforschung, Nutzung von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz) durch unseren Zukunftsturbo (siehe auch **Papier Zukunftsturbo zünden, Schuldenbremse lösen**)
3. die **Verkehrswende schaffen**: klimaschonenden ÖPNV+Schienenverkehr+Rad(schnell)wege massiv ausbauen, kostenfreie BahnCard50 für Pendlerinnen und Pendler, Mehrwertsteuer für Bahntickets abschaffen, 365-Euro-Jahresticket für ÖPNV einführen, Klima-Ticketsteuer auf innerdeutsche Flüge erhöhen, Kerosinsteuer europäisch ausgestalten.
4. eine **umfassende sozial-ökologische Steuerreform**, bei der unser System der Entgelte, Abgaben, Umlagen und Steuern aufkommensneutral auf Nachhaltigkeit umgebaut und mit dem von der SPD 2017 vorgestellten Konzept zur Reform der Einkommenssteuern verbunden wird.
5. eine **sozial ausgewogene Bepreisung von CO2** für Wärme und Verkehr. Eine **Klimaprämie** soll an jede Person von Geburt an zurückfließen, der Staat soll nicht daran verdienen. In ländlichen Regionen, in denen die Menschen auf das Auto angewiesen sind und häufig weite Strecken zur Arbeit pendeln, soll die Klimaprämie höher ausfallen als in großen Städten, in denen der ÖPNV oder Carsharing-Angebote als Verkehrsalternative zur Verfügung stehen.

- Deutschland wird seine Klimaziele für 2020 verfehlen. Wir sind im Vergleich mit anderen Staaten deutlich zurückgefallen. Damit wir unsere **Ziele für 2030 und 2050** erreichen, brauchen wir mehr Ehrgeiz, Mut und eine gemeinsame Kraftanstrengung aller auf der Grundlage eines vernünftigen Dialogs. Keiner darf hierbei zurückbleiben, diese Frage betrifft alle.
- Für uns ist klar: **Menschen mit geringem Einkommen verhalten sich klimaschonender** als Menschen mit hohem Einkommen und leisten damit mehr zum Klimaschutz. Sie haben oft kleinere Wohnungen, fahren sparsamere Autos, nutzen häufiger den ÖPNV oder fliegen seltener. Deshalb dürfen diese Menschen nicht die Hauptkosten des notwendigen Umbaus tragen.
- **Klimaschutz soll einer der Fortschrittmotoren für unsere Volkswirtschaft sein.** Er löst aber auch Umbrüche in unserer Industrie oder in der Energiewirtschaft aus, die viele Beschäftigte beunruhigen und die Zukunft ganzer Regionen betreffen können. Wir brauchen neue, glaubwürdige Perspektiven für die von den Umbrüchen durch den Klimawandel betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dazu bedarf es einer starken Sozialpartnerschaft mit einer umfassenden tariflichen und betrieblichen Mitbestimmung bei der Umsetzung.
- Gleiches gilt für den **Kohleausstieg**, der den Beschäftigten Perspektiven für sichere Arbeitsplätze bieten muss. Dazu gehören moderne zukunftssträchtige Industrieansiedlungen ebenso wie die Ansiedlung von öffentlichen Behörden der betroffenen Länder und des Bundes. Der sogenannte Kohlekompromiss, mit dem das letzte Kohlekraftwerk spätestens 2038 vom Netz gehen soll, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir wollen uns auf diesem Zieljahr nicht ausruhen und den Kohleausstieg beschleunigen. Deshalb soll alle fünf Jahre überprüft werden, ob der technische Fortschritt einen früheren, sozial verträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung zulässt.
- Wir müssen den **Erfindergeist** an unseren Hochschulen, in Start-ups und in unseren Unternehmen besser und schneller in marktfähige klimaschonende Technologien und Produkte transferieren. Im Bereich der Wandlung und Nutzung von Energie (Effizienzrevolution), beim Ausbau der Sektorkopplung zu einem integrierten Energiesystem, bei der Nutzung von Wasserstoff oder der Entwicklung strombasierter Brenn-, Kraft- und Grundstoffe besteht großes Entwicklungspotential in Deutschland.
- Gemeinsam mit der Industrie wollen wir eine **Innovationspartnerschaft** eingehen, die nachhaltige Innovationen fördert und hochwertige neue Arbeitsplätze schafft. Hierzu ist eine ambitionierte Investitionspolitik erforderlich, damit z.B. der großtechnische Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft gelingen oder eine nachhaltige, den Klimazielen verpflichtete chemische Industrie Produkte von morgen erfolgreich auf den Märkten platzieren kann.
- **Mobilität** ist kein Luxusgut, sondern ein Grundrecht. Zum einen muss die Automobilindustrie bei der Schaffung neuer Wertschöpfungsketten im Übergang zur Batteriezellproduktion, der Digitalisierung oder bei der Wasserstoff-Technologie unterstützt werden. Zum anderen brauchen wir wieder mehr und klimaschonenden öffentlichen Gemeinschaftsverkehr, damit künftig weniger Wege mit dem Auto zurückgelegt werden können, wo es nicht zwingend notwendig ist. Deshalb braucht es **massive Investitionen in unser Schienennetz** und die Fahrzeugkapazitäten bei Bahn und Bussen. Dazu braucht es entsprechende Planungskapazitäten, effektivere Planungen und Genehmigungen und entsprechende Baukapazitäten, um neue zukunftssträchtige Strecken zu bauen, kürzere

Taktfrequenzen zu ermöglichen oder stillgelegte Strecken zu reaktivieren. In den Städten wollen wir das Autofahren in den 2030er Jahren weitgehend überflüssig machen und auf dem Land soll bis dahin Elektromobilität das Maß aller Dinge werden.

- **Ein Bahnticket muss künftig günstiger sein als ein Flugticket** auf derselben Strecke. Reisen sollen sich alle leisten können. Deswegen muss Deutschland als Land im Herzen Europas einen viel stärkeren Schwerpunkt auf die Beteiligung an vorhandenen und den Ausbau künftiger transeuropäischer Netze legen. Der Flugverkehr braucht einen angemessenen Preis. Hierfür halten wir die Erhöhung der Klima-Ticketsteuer (für Flüge von/nach/in Deutschland) für den richtigen Weg. Eine Kerosinsteuer ist sinnvoll, sollte aber möglichst europäisch ausgestaltet werden. Langfristig wollen wir, dass es im Idealfall keine innerdeutschen Flüge mehr geben muss. Dabei geht die öffentliche Verwaltung mit gutem Beispiel voran – und fliegt nicht mehr zwischen Bonn und Berlin hin und her (stattdessen Videokonferenzen und Bahn).
- Wir brauchen eine enge **europäische Koordinierung**, Abstimmung und Erfahrungsaustausch sowie geeignete europäische Maßnahmen, insbesondere im Verkehrs- und Energiebereich, wie wir unsere Klimaziele europäisch erreichen.
- Schritt für Schritt brauchen wir einen **klimaneutralen Gebäudebestand**. Bezahlbarer Wohnraum ist ein Menschenrecht. Die Klimaneutralität wollen wir auch hier bis spätestens 2050 erreichen. Das erfordert gewaltige Investitionen und Effizienzsteigerungen, die zugleich ein Jobmotor sind. Bei der energetischen Gebäudesanierung wollen wir höhere Förderquoten im sozialen Wohnungsbau, den wir vor allem als Aufgabe der öffentlichen Hand oder durch Genossenschaften realisiert sehen wollen. Sanierungskosten dürfen nicht auf die Miete umgelegt werden. Dazu wollen wir die Modernisierungsumlage abschaffen, wenn damit die ortsübliche Vergleichsmiete überstiegen wird. Wir wollen mehr Anreize für Energieeinsparungen im Mietrecht, die Warmmiete sollte künftig Grundlage der Mietgesetzgebung sein.
- Neben staatlichen und öffentlichen Investitionen wollen wir auch das private Kapital mit Anleihen und einem **Transformationsfonds** anreizen, um in Deutschlands wirtschaftliche und ökologische Zukunft zu investieren.
- Wir treten gerade auch nach den Schädigungen der vergangenen Jahre für eine **Aufforstung und Gesundheit unserer Wälder** als einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Verbesserung unserer CO₂-Bilanz ein. Sie muss Teil eines Bundesprogramms zum Klimaschutz sein.

Den digitalen Wandel gerecht gestalten

Digitale Technologien haben längst Einzug gehalten: In unseren Alltag, unsere Kommunikation, unsere Arbeits- und Lebenswelt. Viel zu oft wird dabei vergessen, dass Digitalisierung viel mehr ist als nur Technik. Digitalisierung bedeutet vor allem einen Kulturwandel in Verwaltungen, Unternehmen und der Gesellschaft insgesamt. Diesen Wandel wollen wir gerecht gestalten, damit am Ende ein echter Fortschritt für alle steht und wir unsere Gesellschaft zusammenhalten. Digitalisierung darf dabei niemals Selbstzweck sein, sondern muss zu mehr Lebensqualität, demokratischer Teilhabe, Wohlstand und Freiheit beitragen. Sie darf niemanden zurücklassen und soll stattdessen Chancen und Perspektiven für alle eröffnen. Wir wollen den digitalen Aufbruch wagen. Wie wollen wir das erreichen?

- 1. Die Zukunft der Arbeitswelt beginnt jetzt:** Mobiles Arbeiten, Recht auf Weiterbildung, persönliches Chancenkonto, Verkürzung von Arbeitszeit
- 2. Zeit für eine neue Wirtschafts- und Steuerpolitik:** Mitarbeiterbeteiligung, Genossenschaftsgedanken neu beleben, Digitalkonzerne endlich besteuern
- 3. Daten-für-alle-Gesetz einführen:** Teilhabe an Innovation für Startups und Mittelstand
- 4. In digitale Infrastruktur investieren:** Schnelles Internet überall, massiver Netzausbau
- 5. Digitale Teilhabe für alle schaffen:** digitale Stadtteil- und Dorfkonferenzen, analoges und digitales Angebot, Internetzugang auch für niedrigere Einkommen (Onlinegeld, Anteil des Regelsatzes für Internet und Telefon erhöhen)

1. Die Zukunft der Arbeitswelt beginnt jetzt:

- Die Digitalisierung der Arbeitswelt kann eine echte Chance sein, wenn wir sie richtig nutzen. Das unter Andrea Nahles erarbeitete Weißbuch „Arbeiten 4.0“ und das Sozialstaatskonzept des SPD-Parteivorstands bieten bereits gute Ansätze, wie die Arbeitswelt von morgen gestaltet werden kann.
- So ließe sich durch **mobiles Arbeiten** für viele Beschäftigte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dort, wo es prinzipiell möglich ist, wollen wir daher ein Recht auf mobiles Arbeiten einführen – ohne dass dies zu einer Entgrenzung führt. Für die Beschäftigten muss es weiterhin ein Recht auf Unerreichbarkeit nach Feierabend und an Wochenenden geben.
- Zusätzlich brauchen wir ein **Recht auf Weiterbildung**, um niemanden in Zeiten des Umbruchs zurückzulassen und alle an der digitalen Gesellschaft teilhaben zu lassen.
- Wir wollen allen Menschen in unserem Land ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Der digitale Wandel verlangt von vielen eine große Flexibilität, er bietet aber auch neue Möglichkeiten. Wir wollen daher ein **persönliches Chancenkonto** für alle Beschäftigten einrichten, das mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet sein soll. Es soll für Weiterbildungen, Qualifizierungen, Gründungen und persönliche Auszeiten genutzt werden können.

- Trotzdem ist klar, dass in Zukunft ein Teil der Arbeit, die derzeit noch von Menschen erledigt wird, durch künstliche Intelligenz, Roboter und neue Technologien übernommen wird. Wenn die Wertschöpfung aber dieselbe bleibt, ist es an der Zeit, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine neue Debatte über **Verteilung und Verkürzung von Arbeitszeit** voranzutreiben. Wir fordern eine gerechte Verteilung von Arbeitszeit überall dort, wo menschliche Arbeit durch neue Technologien ersetzt wird. Vorbild ist der Tarifabschluss der IG Metall zur 28-Stunden-Woche.

2. Zeit für eine neue Wirtschafts- und Steuerpolitik:

- Wir wollen, dass **Beschäftigte einfacher am durch sie geschaffenen Unternehmenserfolg beteiligt** werden können. Startups fordern das schon lange, aber auch für andere Unternehmen kann es viele Vorteile mit sich bringen. Dadurch schaffen wir mehr Teilhabe und Gerechtigkeit.
- **Genossenschaften** verbinden selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Arbeiten mit gemeinschaftlichem Rückhalt. So ließen sich z.B. Plattformen neu organisieren, die im Eigentum ihrer Mitglieder stehen und demokratisch organisiert sind. Eine kooperative Ökonomie ermöglicht ein neues Verständnis von Gerechtigkeit und Miteinander. Wir wollen uns dafür stark machen, dass dieser Gedanke in einer Zeit digitaler Veränderungen eine Renaissance erfährt.
- Viele digitale Geschäftsmodelle sprengen unsere traditionellen Vorstellungen von Unternehmen. Leistungen werden weltweit angeboten und so Milliarden Gewinne in Ländern erwirtschaftet, die dort aber steuerlich nicht erfasst werden. Zeit, das endlich zu ändern. Mit einer **Digitalsteuer** sollen auch die großen Konzerne endlich Verantwortung übernehmen und einen Beitrag zu unserem Gemeinwohl leisten. Sollte eine internationale Lösung scheitern, sollte Deutschland mit weiteren EU-Mitgliedstaaten voranschreiten.

3. Das Daten-für-alle-Gesetz einführen:

- Mit dem **Daten-für-alle-Gesetz** hat die SPD eine wichtige Diskussion darüber angestoßen, wie sich die Marktmacht der großen Internetkonzerne einschränken lässt und dadurch gleichzeitig neue Innovationen für alle entwickelt werden können. Wir möchten diese Debatte wieder aufnehmen und vertiefen.
- Die **Demokratisierung der digitalen Wirtschaft** soll den Wettbewerb fairer machen und Startups sowie kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit geben teilzuhaben und auch im digitalen Wandel konkurrenzfähig zu bleiben. Wichtig ist es, die von Datenschützern zu Recht angesprochene Kritik hinsichtlich einer nachhaltigen Anonymisierung der Daten stärker in den Blick zu nehmen und dafür vernünftige Lösungen zu finden.

4. In digitale Infrastruktur investieren:

- Wer die Potenziale der Digitalisierung heben möchte, braucht eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Hier haben wir in Deutschland leider noch großen Nachholbedarf. Wir brauchen daher einen **massiven Ausbau der digitalen Infrastruktur**, um die Chancen neuer Technologien wie 5G auch tatsächlich nutzen zu können. Zwar haben wir uns in der Großen Koalition auf ein Recht auf schnelles Internet geeinigt, aber die Realität sieht derzeit anders aus: Im ländlichen Raum sind wir davon meilenweit entfernt. In vielen Gegenden gibt es immer noch gar kein Fest- oder

Mobilfunknetz und Surfen ist maximal mit Edge möglich. Hier müssen Fortschritte erzielt werden und der Ausbau gelingen. Unser **#Zukunftsturbo** soll hier die notwendigen Investitionen ermöglichen.

- Der **Netzausbau** darf nicht allein den Regeln des Marktes überlassen werden. Es darf nicht sein, dass sich die Betreiber den Netzausbau gerade in den weniger bewohnten ländlichen Regionen sparen, die für sie weniger lukrativ sind. Hier müssen die Unternehmen viel stärker in die Verantwortung genommen werden – das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit und der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Notfalls muss der Staat dafür Sorge tragen, dass die „weißen Flecken“ in der Netzinfrastruktur beseitigt werden.

5. Digitale Teilhabe für alle schaffen:

- Die Geschwindigkeit der technologischen Veränderung macht vielen Menschen Angst und viele haben Sorge, mit diesem Tempo nicht mehr mithalten zu können. Wenn Verwaltungsleistungen digitalisiert werden, der Bus auf dem Land per App bestellt werden kann und der Arzt seine Sprechstunde auch online anbietet, müssen wir auch die Menschen fit für Angebote machen, von denen sie profitieren, die bei der Nutzung digitaler Medien bisher eher zurückhaltend waren. Deshalb brauchen wir flächendeckend Angebote, um alle auf dem Weg in die digitale Gesellschaft mitzunehmen. Von **digitalen Stadtteil- und Dorfkonferenzen**, die die örtlichen Möglichkeiten demokratisch entwickeln, bis hin zur **Nachbarschaftshilfe** für diejenigen, die vielleicht nicht mehr so mobil sind. Eine Digitalisierung, die auf Chancen setzt, bindet alle aktiv mit ein. Dazu gehört es aber auch, so lange analoge Angebote in Verwaltungen, Verkehrsverbänden etc. beizubehalten, bis alle den digitalen Service nutzen können.
- Ein Internetzugang darf keine Frage der Dicke des Geldbeutels sein. Mit einem **Onlinegeld** wollen wir die kommunikative Daseinsvorsorge sichern. Diese Leistung soll ähnlich dem Wohngeld für niedrige Einkommen einen Zugang zum Internet sichern. Zudem wollen wir den **Anteil des Regelsatzes für Internet und Telefon** innerhalb der Sozialleistungen erhöhen.

Mit uns zieht die neue Zeit: Vorschläge für eine Reform der SPD

Seit Jahren verliert die Sozialdemokratie an Glaubwürdigkeit und an Mitgliedern. Dem wollen wir uns mit neuen Ideen, frischem Wind und Solidarität entgegenstellen. Wir werden wieder zeigen, wie viel Potenzial und Expertise in unserer SPD steckt. Mit Teamgeist werden wir unsere Mitglieder begeistern, damit sich wieder mehr Genossinnen und Genossen aktiv bei uns einbringen.

Wir müssen unsere Fenster und Türen weit aufmachen und dürfen uns neuen Impulsen von außen nicht verschließen. Wir brauchen frische Luft in unseren Strukturen und müssen uns trauen, mit der Zeit zu gehen, ohne uns vorschnell dem Zeitgeist anzupassen. Unsere Partei, die für Solidarität eintritt, muss auch im Inneren Solidarität leben und anständig miteinander umgehen.

- 1. Frischluft in die Strukturen bringen:** Kommunale Familie und Basismitglieder müssen im Parteivorstand vertreten sein. Es muss allen Mitgliedern die Chance gewährt werden, sich zu beteiligen und neue Ideen einzubringen, ob vor Ort oder digital. Beides müssen wir verzahnen. Der Parteivorstand geht mit gutem Beispiel voran und verpflichtet sich auf gremienfreie Sonntage.
- 2. Fenster und Türen weit aufmachen:** Wir wollen neue und kreative Menschen (u.a. mit jedem fünften Listenplatz auf Wahllisten) sowie die traditionellen „Vorfeldorganisationen“ der SPD, aber auch neue gesellschaftliche Bewegungen verstärkt miteinbeziehen. Mit den „Zuhörstunden“ wollen wir ein neues Format etablieren.
- 3. Solidarisch miteinander umgehen:** Wir wollen eine Führungskultur etablieren, die auf Teamgeist, Motivation, Vertrauen und klaren Strukturen beruht. Nicht nur unsere Gliederungen sollen besser vernetzt werden, sondern auch unsere jungen engagierten Genossinnen und Genossen aus der Kommunalpolitik. Der Parteivorstand verpflichtet sich zu mindestens 40 Prozent Frauenbeteiligung bei all seinen Veranstaltungen.

1. Frischluft in die Strukturen bringen:

- Wir wollen Strukturen straffen und das Nebeneinander von Parteipräsidium und -vorstand auflösen. Mit der Abschaffung des Präsidiums gewinnen wir mehr Handlungsfähigkeit und die Entscheidungsfindung wird transparenter.
- Das Fundament unserer Partei sind die vielen Aktiven vor Ort. Das muss sich deutlich stärker auch in unseren Gremien widerspiegeln. Deshalb soll künftig **ein Drittel des Parteivorstandes aus der kommunalen Familie** kommen.
- Zudem werden wir **zwei Plätze im Parteivorstand für die Basis** zur Verfügung stellen. Jedes SPD-Basismitglied ohne hauptamtliches Mandat oder Parteiamt oberhalb der Unterbezirksebene, das von seinem Ortsverein oder seinem Unterbezirk nominiert wird, kann für ein Jahr in den Parteivorstand gelost werden. Nominierung und Auslosung werden online stattfinden. Die Basismitglieder haben Rederecht im Parteivorstand.

- Wir brauchen mehr Sichtbarkeit an der Parteispitze und klarere Führungsstrukturen. Die Vielzahl der Parteivizes hat sich nicht bewährt. Deshalb wollen wir die **Zahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden auf zwei reduzieren**.
- **Ideenmanagement:** Unsere Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen, den Kommunalparlamenten und den Verbänden wissen am besten, wo der Schuh drückt. Wir wollen die Arbeit vor Ort stärken, indem wir dort nachfragen, was wir besser machen können, was neu eingeführt werden und was bleiben sollte. Durch eine **Plattform für neue Ideen** können uns ganz einfach Vorschläge gesendet werden – und es gibt garantiert nach spätestens sechs Wochen eine Antwort darauf.
- Unsere Partei lebt vom Mitmachen und sich einbringen. Alle Mitglieder – gleich ob beruflich eingespannt, im Ausland lebend oder mit familiärer Verantwortung – müssen die Chance haben, sich unkompliziert vor Ort oder digital an der Parteiarbeit beteiligen zu können. Die großen Chancen der Digitalisierung müssen auch in unserer Partei viel deutlicher genutzt werden. Agiles Mitarbeiten und Mitmachen wollen wir fördern, z.B. durch die Möglichkeit, **Mitgliederversammlungen online** durchzuführen, sich von überall aus aktiv in die Antragsarbeit oder in Arbeitsgruppen einbringen zu können. Dafür wollen wir einen regelmäßigen Wettbewerb für digitale Beteiligungsideen ausloben. Strukturen agil zu gestalten, heißt für uns auch: raus zu den Menschen und raus aus unseren Filterblasen. Das muss sich in der Arbeit unserer Parteizentrale zeigen. Deshalb brauchen wir für unsere Gremien und unsere hoch engagierten Beschäftigten **ein neues Haus der SPD**, das den politischen und gesellschaftlichen Realitäten besser entspricht als das Willy-Brandt-Haus und unseren Aufbruch glaubhaft verkörpert.
- Die **digitalen Weiter- und Fortbildungsangebote** in unserer Partei wollen wir ausbauen: Die Parteischule wird gestärkt und Online-Aktivitäten müssen in unserer Partei selbstverständlich dazu gehören, ohne jedoch die bisherigen Angebote zu ersetzen.
- **Der Sonntag gehört der Familie und dem Freundeskreis:** Mit uns wird der Sonntag gremienfrei. Der Parteivorstand und das gesamte Willy-Brandt-Haus verpflichten sich dazu und gehen mit gutem Beispiel voran. Besonders unsere vielen Ehrenamtlichen, aber auch unsere Hauptamtlichen, sollen den Sonntag nicht in internen Runden verbringen.

2. Fenster und Türen weit aufmachen:

- Wir wollen uns öffnen und Engagierten in unserem Land einen Platz bieten, in unserer Demokratie aktiv mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Für Wahllisten wollen wir eine neue Regel: **Jeder fünfte Listenplatz soll Neuen, kreativen Geistern, Weltverbesserern und Mutmacherinnen auch ohne Parteibuch offen stehen**. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Gliederungen an neuen Konzepten für die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten arbeiten.
- Wir werden gesellschaftlich relevante Organisationen, Gruppen und Bewegungen stärker einbinden und wieder die **großen Debatten mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft und Kirchen führen**. Ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Arbeit hat sich in den vergangenen Jahren fundamental gewandelt. „Alte“ institutionalisierte Zivilgesellschaft und „neue“ junge gesellschaftliche Bewegungen müssen

gleichermaßen miteinbezogen werden. Deshalb lädt der Parteivorstand sechsmal jährlich Vertreterinnen und Vertreter aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Umwelt ein, um grundsätzliche Themen intensiv zu diskutieren und unsere parlamentarischen Initiativen vorzustellen und zu beraten. Die Ergebnisse dieses Austausches werden den Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Daraus sollen sich neue bzw. überarbeitete Positionen ergeben. Unsere Initiativen im Parlament erhalten einen Gesellschaftscheck!

- **Raus aus dem Willy-Brandt-Haus und den Geschäftsstellen:** Wir wollen nicht nur warten, dass die Verbände oder Themen zu uns kommen. Sondern wir wollen dorthin gehen und unsere Sitzungen auch außerhalb der Parteizentralen durchführen.
- Wir wollen hinhören, wenn Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten zu uns kommen. Genauso sind aber auch die besten Ideen für unser Land bei uns willkommen. Deshalb wollen wir nach unserer Wahl überall in Deutschland unterwegs sein und **einmal im Monat öffentliche „Zuhörstunden“** veranstalten – in Ost und West, in Städten und im ländlichen Raum, in SPD-Hochburgen und insbesondere dort, wo unsere SPD einen schweren Stand hat.
- Die SPD braucht ein **neues Grundsatzprogramm**, das überzeugende Antworten auf die großen Fragen von heute bietet. Das kann unser Hamburger Programm von 2008 nicht mehr leisten. Auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm wollen wir die gesamte Partei mitnehmen und öffentlich diskutieren, um zu zeigen: Die SPD ist ein spannender Ort großer Debatten und Visionen.

3. Solidarisch miteinander umgehen

- Wir können als SPD nach außen nur glaubwürdig für eine solidarische Politik eintreten, wenn wir auch innerhalb unserer Partei anständig, respektvoll und solidarisch miteinander umgehen. **Wir wollen mehr Anstand und Respekt in der SPD leben** – durch eine neue Führungskultur und durch einen Verhaltenskodex für alle Personen mit Amt und/oder Mandat, aber auch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- **Mehr miteinander statt gegeneinander in der Parteiführung** zeigen wir auch ganz konkret im Willy-Brandt-Haus: wir werden als Parteivorsitzende ein gemeinsames Büro einrichten.
- Auch Parteivorsitzende sind nicht unfehlbar. Wir stehen für eine offene, respektvolle Diskussionskultur in unseren Parteigremien. **Gute Argumente statt Basta-Politik.** Keiner Parteiführung bricht ein Zacken aus der Krone, wenn nach einer guten Diskussion im Parteivorstand eine Beschlussvorlage geändert wird.
- Beim Thema Gleichstellung müssen wir viel besser werden. Unter unserem Parteivorsitz wird es nur noch **Veranstaltungen des Parteivorstands mit mindestens 40 Prozent Frauenbeteiligung auf dem Podium** geben. Außerdem werden wir einen zusätzlichen Jahrgang an der Kommunalakademie nur mit Frauen schaffen.
- Es steckt so viel Fachwissen in unseren Gliederungen. Solidarität bedeutet für uns, dass wir uns gegenseitig unterstützen. Damit nicht jede Gliederung das Rad neu erfinden muss, wollen wir das **Programm „Sozi-Tausch“** ins Leben rufen. Hier sollen sich jeweils zwei Ortsvereine oder Unterbezirke verpartnern, besonders unter Beteiligung der ostdeutschen Gliederungen.

Dadurch schaffen wir nicht nur ein besseres innerparteiliches Miteinander und einen Austausch von Erfahrungen und Ideen, sondern können uns auch gegenseitig vor Ort bei Wahlkämpfen unterstützen.

- **Die Ortsvereine wollen wir als lokale Ebene weiter stärken.** Neben dem Austausch in den Kampagnen und Netzwerken über die Verpartnerung wollen wir eine jährliche Best-Practice-Dokumentation mit den besten Ortsvereinsideen und -formaten versenden. Das Kampa-Portal für Konzepte und Ideen der Ortsvereinsvorstände wollen wir öffnen, damit unsere Aktiven ihre Ideen mit anderen teilen können. Bewährtes wie z.B. das Druckportal behalten wir bei und wollen es ausbauen.
- Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik wollen wir ein **Vernetzungsprogramm für junge Bürgermeisterinnen und Kommunalpolitiker bundesweit** etablieren.

Ein Pakt für Chancen

Jedes fünfte Kind in unserem Land lebt in Armut – jedes ist eines zu viel. Kein Kind sollte in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, in Armut leben müssen. Zwar gibt es viele Leistungen für Kinder und Familien, jedoch wollen wir diese zusammenführen, vereinfachen und erhöhen.

- 1. Kindergrundsicherung**
- 2. Teilhabe an Kultur: freie Eintritte in Museen für alle Kinder unter 18**
- 3. Mobilität als Grundrecht: freier ÖPNV für alle Schulkinder**
- 4. Kinderrechte ins Grundgesetz**

Die Kindergrundsicherung funktioniert ganz einfach: Für jedes Kind gibt es einen festen monatlichen Betrag, der abhängig vom Einkommen der Eltern bzw. des/der Alleinerziehende/n ist. Wer gerade arbeitslos oder alleinerziehend ist, bekommt also mehr als Familien, die finanziell gut da stehen. Fest steht aber: Alle sollen profitieren, denn schließlich geht es um unsere Kinder! Durch die Zusammenfassung von Geldern wie Kindergeld, Kinderzuschlag etc. bauen wir Bürokratie ab und machen das System transparenter.

Finanzieren wollen wir das aus unserem **Zukunftsturbo**, denn in nichts investieren wir besser in unsere Zukunft als in Angebote für unsere Kinder. Zudem wollen wir das Ehegattensplitting in ein Familiensplitting umwandeln. Kurzfristig wollen wir, dass Alleinerziehende in die gleiche Steuerklasse wechseln können wie Verheiratete (von Steuerklasse 2 in Steuerklasse 3).

Kinderarmut entsteht jedoch nicht aus dem Nichts, sondern durch Eltern- bzw. besonders Mütterarmut. Davon sind insbesondere auch Alleinerziehende betroffen.

Deswegen kann die Kindergrundsicherung nicht alleine stehen, sondern es muss einen gesellschaftlichen und politischen Wandel geben, um Mütter und Väter zu unterstützen (Abkehr von der 40-Stunden-Woche hin zu 30-Stunden-Woche, flexibles Arbeiten (u.a. Homeoffice), Ausbau und Verbesserung des Kita-Angebots, ...).

Unsere Antwort auf Nationalismus und Populismus: die Vereinigten Staaten von Europa und eine starke europäische Sozialdemokratie.

Die Europäische Union ist nicht nur ein großer, erfolgreicher Binnenmarkt. Sie ist zuerst und vor allem eine **Wertegemeinschaft**. Weltweit wächst das Autoritäre, die Demokratie steht unter Druck. Und auch in der EU werden gemeinsame, verpflichtende Werte relativiert, in Zweifel gezogen und angegriffen. Europa muss **Hoffnungsversprechen** für ein Leben in Freiheit und Würde bleiben. Deshalb hilft uns Empörung gegenüber Nationalisten und Populisten allein nicht weiter. Es kommt jetzt darauf an, die **EU als Gemeinschaft von Demokratie, Vielfalt und Sicherheit** zu stärken. Nur wenn wir unsere Werte im Innern entschlossen leben, können wir global glaubhaft für Menschenrechte, Freiheit, internationale Zusammenarbeit und Teamspiel eintreten. Je stärker Europa, desto schwächer die Trumps, Bolsonaros, Putins und Erdogans dieser Welt.

Die Zeit drängt. Die Welt wartet nicht, bis alle Mitgliedstaaten bereit sind, die Europäische Union zukunftsfest aufzustellen. Daher müssen einige Länder mutig vorgehen, für ein **soziales Europa**. Zugleich müssen wir Europa als **Friedens- und Stabilisierungsprojekt** stark machen. Bislang sind Frieden, Stabilität und Demokratie eben nicht überall in Europa gelebte Wirklichkeit. Wir wollen helfen Brücken zwischen Ost und West zu bauen und den Ländern Osteuropas mehr Angebote zur Zusammenarbeit machen.

Europa lebt vom Mitmachen. Die EU muss raus aus den Hinterzimmern und rein in die Schulen, Vereine und Betriebe. Wir müssen wieder für das europäische Projekt begeistern.

Mit **Bürgerdialogen, Europaforen, öffentlichen Sitzungen** des Ministerrats und Angeboten für Jung und Alt.

Als **Union der Werte** steht die EU für Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit, den Schutz von Minderheiten sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen. Wir fordern einen **Rechtsstaats-Check**, dem sich alle Mitgliedsstaaten unterziehen. Und wir wollen mit einer **feministischen Europapolitik** mehr für die Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen.

Wir wollen:

1. **Ein Europa der Tempomacher.** Einige Mitgliedstaaten können sich zusammenschließen und mit einzelnen Projekten mutig voranschreiten. Es geht dabei nicht um die Verfestigung eines Kerneuropas. Denn die Tempomacher sind keine geschlossene Gesellschaft, je nach Projekt können ganz unterschiedliche Gruppen zusammenfinden. Vor allem die Eurozone muss jetzt Tempo machen. Denn langfristig vermag die Wirtschafts- und Währungsunion nur zu überleben, wenn sie zu einer echten Sozialunion wird.
2. Eine „**Euro 2030**“-Strategie. Ziel ist es, überall in der Eurozone eine vergleichbare Mindestversorgung zu garantieren – über verbindliche Leitlinien, Zielkorridore und Mindeststandards in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik, Altersvorsorge, Gesundheitsversorgung sowie Armutsbekämpfung.

3. Ein attraktives Angebot für die Länder der Östlichen Partnerschaft, besonders für junge Menschen. Ein **Jugend- und Bildungswerk für die Östliche Partnerschaft**, das von der EU finanziert und betrieben wird, könnte neue Brücken zwischen Ost und West bauen.
4. **Mehr, besser und lebendiger diskutieren** in Europa. Bürgerdialoge sind gut, aber wie erreichen wir die Köpfe und Herzen derjenigen, die in ihren europaskeptischen Echokammern verharren? Wir wollen regelmäßige Europa-Foren mit repräsentativ ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern, deren Ergebnisse dann in öffentlichen Debatten im Europäischen Parlament, im Ministerrat und in den nationalen Parlamenten diskutiert werden.
5. Die **Vereinigten Staaten von Europa**. Das fordert die SPD übrigens schon seit 1925! Wir wollen in Europa noch enger zusammenarbeiten und die Integration mutig voranbringen. Denn eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion ist wichtig. Aber dann brauchen wir auch eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik, so dass alle Europäerinnen und Europäer von guter Arbeit und gerechten Löhnen profitieren. Das ist nicht das Ende der Nationalstaaten, die weiter bestehen bleiben. Aber angesichts der Globalisierung wird der Nationalstaat alter Prägung nicht bestehen bleiben.
6. **Verbindliche Standards bei der Rechtsstaatlichkeit**. Ein für alle verbindlicher Rechtsstaats-Check prüft regelmäßig die Lage in jedem Mitgliedsland. Wir fordern, die Auszahlung von EU-Mitteln künftig an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien zu koppeln.
7. **Mehr Einsatz für Gleichstellung**. Wir wollen europaweit die Rechte, Repräsentation und Ressourcen von Frauen stärken. Etwa mit der Überprüfung unserer Ausgaben (gender budgeting) auf ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit. Und wir achten auf eine angemessene Vertretung von Frauen in den Entscheidungsgremien (etwa mit einem Paritätsgesetz).
8. Die **Stärkung europäischer Parteien mit eigener Mitgliedschaft**: Das faktische Scheitern des Spitzenkandidatenmodells bei der Wahl der neuen Kommissionspräsidentin hat die Schwäche der europäischen Parteien einmal mehr offenbart. Wir brauchen eine starke, selbstständige Sozialdemokratische Partei Europas – mit mehr Unabhängigkeit von den nationalen Parteien, mit eigener Mitgliedschaft und eigenen Finanzen.
9. Eine **Europäisierung unserer politischen Debatten**: Europapolitik ist Innenpolitik. Europa ist ein Querschnittsthema, das bei allen politischen Fragen mitgedacht werden muss. Wir wollen von unseren Nachbarn lernen und uns abschauen, was dort gut funktioniert.

Aufbruch wagen: Für Emanzipation, Solidarität und Partnerschaft

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben gemeinsam in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern vieles erreicht. Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht dank unseres Engagements oben auf der politischen Agenda. Brandenburgs sozialdemokratisch geführte Regierung hat als erstes Land ein Paritätsgesetz eingeführt. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Dennoch bleibt noch viel zu tun. Im europäischen Vergleich ist Deutschland beim Thema Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen weit abgeschlagen. In Führungspositionen sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist so niedrig wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Armut ist oft weiblich. Die Opferzahlen häuslicher Gewalt sind erschreckend. Und die Sexismus-Debatte offenbart die Diskriminierung in Alltag und Beruf, der sich Frauen gegenübersehen.

Wir wollen uns der wachsenden antifeministischen Debatte entschieden entgegenstellen. Es gibt keinen „Genderwahn“, sondern nach wie vor strukturelle Ungerechtigkeiten und Ungleichgewichte von Frauen gegenüber Männern in dieser Gesellschaft. Kein Mann wird diskriminiert, weil wir uns dafür einsetzen, dass jede und jeder ein emanzipiertes und selbstbestimmtes Leben führen kann – mit gleichen Rechten und Chancen.

Diese Auseinandersetzung um Geschlechtergerechtigkeit in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Medien wollen wir entschlossen weiter führen. Wir gehen als Partei mit gutem Beispiel voran.

- 1. Lohngerechtigkeit und Teilhabe am Arbeitsmarkt:** Mehr verpflichtende Lohntransparenz von Unternehmen, um Lohnlücken zu schließen.
- 2. Familiensplitting:** Wir ersetzen das Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting.
- 3. Elternzeit ist Mütter- UND Väterzeit.** Deshalb soll das Elterngeld nur bei gerechter Aufteilung der Zeit verlängert werden können.
- 4. Paritätsgesetz und Quoten:** Wir bekennen uns zu Paritätsgesetzen und verbindlichen Quoten. Freiwillige Regelungen bringen uns nicht weiter.
- 5. Wir schaffen den § 219a ab und unterstützen die reproduktive Selbstbestimmung:** Wir haben Vertrauen in mündige Frauen und verantwortungsbewusste Ärztinnen und Ärzte.
- 6. Die Ächtung von Sexismus** und die glaubwürdige **Durchsetzung von Gleichstellung** beginnt in den eigenen Reihen.

1. Lohngerechtigkeit und Teilhabe am Arbeitsmarkt: Mehr verpflichtende Lohntransparenz von Unternehmen, um Lohnlücken zu schließen.

- Unser **Anspruch gerechter Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt** ist wirtschaftlich sinnvoll, vor allem aber geht es uns um ein Menschenbild, das jedem und jeder ein selbstbestimmtes und emanzipatorisches Leben ermöglicht. Um **Equal pay** zu erreichen, brauchen wir ein stärkeres Monitoring ungleicher Bezahlung. Wir wollen, dass Frauen nicht mehr fragen müssen, ob sie für gleichwertige Arbeit weniger verdienen, sondern dass Unternehmen nachweisen, dass gleichwertige Arbeit unabhängig vom Geschlecht auch gleich entlohnt wird. Das Entgelttransparenzgesetz kann nur ein erster Schritt sein, die Lohnlücke zu schließen. Es dauert uns einfach zu lange, bis eine Selbstverständlichkeit endlich zur Regel wird.
- Es geht jedoch nicht allein um gleiche Bezahlung für gleiche Jobs. Wir brauchen ein **anderes gesellschaftliches Verständnis für die Wertschätzung von Berufen**. Die Erziehung und Betreuung unserer Kinder, die Pflege unserer Eltern und Angehörigen müssen uns mehr wert sein. Die Lohndifferenzen zwischen traditionell weiblichen und männlichen Berufen sind inakzeptabel.
- **Bereits in der Schule und bei der Studienwahl fehlt es Mädchen und Frauen an Vorbildern und Mutmacherinnen, um sich von Stereotypen und Rollenerwartungen zu befreien**. Viel zu oft werden sie gefragt, ob sie sich denn wirklich sicher seien, wenn sie den beruflichen Weg in einem männerdominierten Bereich einschlagen wollen. Nicht ihr Geschlecht oder ihre Qualifikation, hindern sie daran, sondern eben diese überholten Rollenbilder.
- So verwundert es nicht, dass **Frauen nach wie vor auch in der Gründer- und Start-Up-Szene stark unterrepräsentiert** sind. Gezielte Ansprache und Förderung sowie bessere und flexiblere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind hier gefragt. Das fängt beim **Mutterschutz** an. Schwangerschaft ist für selbstständige Frauen schon alleine deshalb ein Existenzrisiko, weil es für sie keine funktionierende Regelung für Mutterschutz gibt.
- **Selbstständigkeit** verlangt in der Regel eine **größere zeitliche Flexibilität**. An ebenso flexiblen Betreuungsangeboten mangelt es jedoch, so dass Kinder häufig nicht an Randstunden betreut werden können. Problematisch ist immer wieder auch die zeitliche Belastung. Hier lohnt sich ein Blick nach Belgien. Eine Bezuschussung von haushaltsnahen Dienstleistungen könnte helfen und für Entlastung sorgen. Denkbar wäre ein flächendeckender Ausbau von haushaltsnahen Dienstleistungen durch ein Gutscheinsystem nach belgischem Vorbild. Auch eine Kinderkomponente beim Gründungszuschuss wäre eine Antwort.
- Die **gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt** ist Grundvoraussetzung zur Überwindung von Kinderarmut und weiblicher Altersarmut.

2. Familiensplitting: Ehegattensplitting abschaffen und Familiensplitting einführen.

- Das Ehegattensplitting muss endlich der Vergangenheit angehören, es spiegelt nicht die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land wider. Es hat eine negative Steuerungswirkung

auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Nicht die rechtliche Institution Ehe, sondern **unsere Kinder gehören steuerlich gefördert**. Deshalb wollen wir ein **Familienplitting** einführen. In einem ersten Schritt sollen **Alleinerziehende** in die gleiche Steuerklasse wie die/der „Hauptverdiener/in“ in Ehen eingestuft werden können, damit sie einen doppelten Steuerfreibetrag erhalten.

3. Elternzeit ist Mütter- UND Väterzeit. Deshalb die Verlängerung des Elterngeldes nur bei gerechter Aufteilung der Zeit.

- **Elternzeit und Elterngeld** sind wichtige Errungenschaften, aber es ist an der Zeit, nachzusteuern. Die Möglichkeit, die Elternzeit bei Bezug des Elterngeldes zu verlängern, sollte nur dann bestehen, wenn auch der **Vater mindestens fünf Monate Elternzeit** nimmt. Ausgenommen davon sind alleinstehende Elternteile. Diese Maßnahme soll niemanden bestrafen, sondern im Gegenteil den Vätern zugute kommen, die sich nach wie vor gesellschaftlichen Vorurteilen gegenübersehen, wenn sie eine längere Elternzeit nehmen wollen, und hiervon gibt es erfreulicherweise immer mehr. Auch das ist Gleichstellung.
- Sozialdemokratische Regierungsbeteiligung hat dazu beigetragen, dass die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Kinderbetreuung** nicht nur auf der politischen Agenda steht, sondern auch endlich konkret angepackt wird. Das Ziel flächendeckender und gleichzeitig qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung ist jedoch noch lange nicht erreicht, hier bedarf es weiterer Anstrengungen auf allen politischen Ebenen.
- **Progressive Ideen zu Elternarbeitszeit**, für Paare wie Alleinstehende, gehören ebenso ins Zentrum dieser Debatte.

4. Paritätsgesetz und Quoten: Wir bekennen uns zu Paritätsgesetzen und verbindlichen Quoten. Freiwillige Regelungen bringen uns nicht weiter.

- Ohne **Paritätsgesetze für Parlamente und Quoten** schreitet die Gleichstellung schlichtweg viel zu langsam voran. Wir werben für politische Mehrheiten, die das gesetzlich ändern wollen, weil freiwillige Selbstverpflichtungen nicht ausreichen. Staat und öffentlicher Dienst sind hier besonders in der Pflicht, denn sie haben eine Vorbildfunktion. Deshalb wollen wir, dass eine **Änderung des Bundeswahlgesetzes an die Parität gekoppelt** wird. Im vergangenen Jahr haben wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert, das maßgeblich von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstritten wurde. So selbstverständlich wie das Recht zu wählen, sollte auch das Recht sein, gewählt zu werden.

5. Abschaffung § 219a: Vertrauen in mündige Frauen und verantwortungsbewusste Ärztinnen und Ärzte

- Die Debatte um den **§ 219a** verdeutlicht nach wie vor, dass Frauen die Fähigkeit abgesprochen wird, eine selbstbestimmte und verantwortungsbewusste Entscheidung zu treffen. Es geht weniger um Aufklärung als um Verurteilung. Wir haben zwar für den Übergang mit dem Koalitionspartner CDU/CSU zu § 219a einen Kompromiss gefunden. Diesen halten wir jedoch

dauerhaft für nicht praktikabel. **Deshalb ist für uns die Abschaffung das Ziel.** Denn Frauen in Notlagen brauchen Zugang zu Ärztinnen und Ärzten sowie Kliniken. Auch die Aufnahme von Schwangerschaftsabbrüchen in das fachmedizinische Curriculum gehört hierzu.

- Für eine langfristige Lösung, die alte Muster und Vorverurteilungen überwindet, brauchen wir aber auch die **Debatte um § 218** und vernünftige Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen insgesamt. Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch gehören nicht in das Strafrecht.
- Außerdem wollen wir die **Debatte zur Familienwunschmedizin** in Deutschland offen und verantwortungsbewusst führen. Wir haben bisher keine vernünftigen Antworten auf gesellschaftliche Realitäten, die inzwischen sehr viele Menschen betreffen. Es handelt sich hier um einen sehr intimen Lebensbereich. Regelungen für zugängliche Methoden der Familienwunschmedizin sind jenseits heterosexueller Beziehungen unklar. Und niemand spricht hierüber. Wir finden, dass auch unverheiratete Paare, gleichgeschlechtliche Paare sowie alleinstehende Frauen Unterstützung erhalten sollten, wenn sie einen Kinderwunsch haben. Denn in der Realität bedeutet die derzeitige Lage, dass gut Verdienende, auch unverheiratete, sich Familienwunschmedizin leisten können, ökonomisch schwächer gestellte Menschen hingegen nicht. **Ein Kinderwunsch sollte weder von der Geldbörse noch vom Familienstand abhängen.**

6. Sexismus Stopp: Die Ächtung von Sexismus und die glaubwürdige Durchsetzung von Gleichstellung beginnt in den eigenen Reihen.

- Sexismus zu bekämpfen und Gleichstellung durchzusetzen, fängt in den eigenen Reihen an. Deshalb wollen wir **Parteiveranstaltungen nur noch in paritätischer Besetzung** durchführen.
- Wir brauchen **Parität auf allen Ebenen**. Mit einem ausschließlich Genossinnen offen stehenden **Jahrgang der Kommunalakademie** wollen wir einen Beitrag dazu leisten, mehr Frauen die Chance auf ein Amt als Bürgermeisterin oder Landrätin zu eröffnen.
- Es entspricht nicht unserem Politikverständnis, dass Entscheidungen in informellen Runden gefällt werden. Das entspricht nicht unseren **Vorstellungen von transparenter Demokratie** in digitalen Zeiten.
- Wir müssen nicht nur sensibler werden, sondern auch sensibilisieren und entschieden entgegentreten bei sexistischen Sprüchen, Witzen und vor allem Werbung. Hierzu gehört auch besonders achtsam bei der **Darstellung von Frauen** in unseren eigenen Materialien zu sein.
- Die aus der AsF kommende Forderung nach einer **Sexismus-Kommission** greifen wir gerne auf. Diese Kommission sollte nicht nur Konzepte gegen Sexismus erarbeiten, sondern auch Anlaufstelle für Betroffene in und außerhalb der Partei sein.
- Um unser Anliegen einer gleichberechtigten Gesellschaft durchzusetzen, machen wir uns außerdem dafür stark, dass öffentliche Plätze und Straßen vorrangig nach Frauen benannt werden bis Parität erreicht ist.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bauen wir damit auf einer stolzen historischen Tradition unserer Partei auf. Viele engagierte Sozialdemokratinnen haben unsere SPD geprägt und die Demokratie in unserem Land gestärkt. **Die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert war es, die unser Grundverständnis „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz verankert hat.**

Die Sozialdemokratie ist so wenig ohne den Feminismus vorstellbar wie der Feminismus ohne Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Genau deshalb werden wir nicht zulassen, dass Erreichtes in Frage gestellt wird, sondern weiter **in Solidarität für gelebte Gleichberechtigung eintreten**. Und wir hören nicht auf, bis alle unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung so leben können, wie sie wollen, ohne hierfür diskriminiert zu werden. **Gleiche Rechte für alle. Das bleibt unser Ziel. Und dafür kämpfen wir.**

Macht mit!

Diese Thesenpapiere sind ein Angebot an Euch alle, mit uns über diese Zukunftsthemen zu diskutieren.

Wir laden Euch ein, mitzumachen. Ihr habt Ideen, Anregungen, Kritik?

Schreibt an:

machmit@kampmannroth.de